

KLUB REPORT

Österreichische Post AG · SP 05Z036406 S · 1010 Wien

Impressum: Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), Landesgruppe Wien, Rathausplatz 8, 1010 Wien, Erscheinungsort: Wien, Verlagspostamt: 1010 Wien, Verlags- und Herstellungsort: Wien | Österreichische Post AG/SP 05Z036406 S

AUSGABE 02/2025



Wien droht Sicherheitsnotstand

Die Sicherheit der Wiener Bevölkerung ist massiv gefährdet: SPÖ-Bürgermeister Michael Ludwig und ÖVP-Innenminister Gerhard Karner treiben mit ihrem unverantwortlichen Polizeisparpaket die Bundeshauptstadt in den Sicherheitsnotstand. Die unlängst bekannt gewordenen Pläne zur drastischen Reduktion der Polizeiausgaben stoßen auf heftige Kritik seitens der Wiener FPÖ. „Die mas-

sive Kürzung der Überstunden bei der Wiener Polizei ist eine direkte Gefährdung der Sicherheit unserer Bevölkerung“, warnt der Wiener FPÖ-Chef und Stadtrat Dominik Nepp.

Laut internen Schreiben sollen die geleisteten Überstunden pauschal um bis zu 30 Prozent reduziert werden. Noch gravierender ist die geplante Streichung der Vergü-

tung für Mehrdienstleistungen an Sonn- und Feiertagen. Diese Maßnahmen sind eine Verhöhnung unserer Polizistinnen und Polizisten, die tagtäglich unter schwierigsten Bedingungen für Sicherheit auf Wiens Straßen sorgen. Anstatt sie für ihren unermüdlichen Einsatz mit einem dringend notwendigen Wien-Bonus zu belohnen, werden ihnen nun die Einkommensgrundlage entzogen und immer mehr

Bleib auch Digital stets informiert

 [instagram.com/fpoe_wien](https://www.instagram.com/fpoe_wien)

 [facebook.com/fpoevien](https://www.facebook.com/fpoevien)

 www.fpoe-wien.at





Die Stadtregierung ist ein Sicherheitsrisiko für die eigene Bevölkerung!

Die Wiener Stadtregierung ist zum Sicherheitsrisiko für die eigene Bevölkerung geworden. Wer Wien wirklich sicher machen will, muss sich konsequent gegen die illegale Zuwanderung junger Männer aus dem arabischen Raum stellen.

Es braucht Rückführungen, sobald der Fluchtgrund entfällt, statt bedingungsloser Versorgung auf Kosten der Steuerzahler. Denn dieser sozialpolitische Amoklauf, der uns 700 Millionen Euro kostet, sprengt nicht nur das Wiener Budget, sondern führt auch zu einem wirtschaftspolitischen Desaster.

Während für integrationsunwillige Migranten Millionen ausgegeben werden, wird bei der Polizei gespart – ein gefährlicher Irrweg, der die Stadt ins Chaos stürzt.

StR Dominik Nepp
FPÖ Landesparteiobmann

Aufgaben aufgebürdet. Gleichzeitig verteilt die Stadtregierung weiterhin Millionenbeträge an integrationsunwillige Mindestsicherungsbezieher ohne österreichische Staatsbürgerschaft.

700 Millionen Euro werden in Wien an Nicht-Österreicher ausgezahlt, vorwiegend Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte, die hier keinen einzigen Tag gearbeitet haben. Aber für die Polizei ist plötzlich kein Geld mehr da? Das

ist eine Provokation der Sonderklasse. Die Folgen dieser verfehlten Politik sind bereits jetzt dramatisch sichtbar. In Wien erleben wir täglich Messerstechereien, Vergewaltigungen, Morde und Bandenkriege, insbesondere durch Syrer, Afghanen und Tschetschenen. Statt endlich für mehr Sicherheit zu sorgen, fällt Ludwig und Karner nichts Besseres ein, als die Polizei kaputtzusparen.

Das ist unverantwortlich!

POLIZEILICHE KRIMINALITÄTSSTATISTIK:

- ▶▶ 2021 144.183 Delikte
- ▶▶ 2022 168.303 Delikte
- ▶▶ 2023 186.475 Delikte

Das ist ein Anstieg von 10,8 Prozent!

VERGEWALTIGUNGSFÄLLE:

- ▶▶ 2022: 365 Anzeigen
- ▶▶ 2023: 468 Anzeigen

Ein Plus von 28,2 Prozent!



Gratis-Öffi-Ticket für Wiener Senioren – von der SPÖ abgeschmettert

Die Mobilität älterer Menschen ist essenziell für soziale Teilhabe und Lebensqualität.

Viele Seniorinnen und Senioren sind auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen, doch steigende Kosten erschweren die Nutzung.

Die FPÖ fordert daher ein kostenloses Öffi-Ticket für alle ab 65 – unbürokratisch mit Lichtbildausweis, wie es in vielen europäischen Städten bereits Standard ist.





Bildungsversagen durch rot-pinke Integrationspolitik

Wiens Schulen stehen vor dem Kollaps: Fast die Hälfte der Erstklässler spricht kaum Deutsch, doch statt echter Lösungen zu präsentieren, setzen die NEOS auf integrationspolitische Experimente. Wer das Wahlrecht für Ausländer ausweiten will, gibt zu, dass die rot-pinke Stadtregierung den Zuzug nicht mehr kontrolliert – und Integration längst gescheitert ist.

Bildung muss wieder auf Wissen, Disziplin und Leistung basieren. Doch stattdessen herrscht in Wiens Schulen eine falsche Rücksichtnahme, die Sprachlosigkeit und soziale Spannungen zementiert. Die Antwort auf dieses Versagen kann nur ein radikaler Kurswechsel sein: Deutsch als verpflichtende Unterrichtssprache, klare Leistungserwartungen und Sanktionen

für Familien, die Integration verweigern. Stadträtin Emmerling ist für das Amt der Bildungsstadträtin ungeeignet. Wien braucht keine weiteren Experimente, sondern ein Bildungssystem, das klare Regeln setzt und unsere Kinder auf eine erfolgreiche Zukunft vorbereitet.

Maximilian Krauss
FPÖ Klubobmann



Wiens Grünflächen in Gefahr: Stopp der Verbauung

Grünflächen sind essenziell für Wiens Stadtklima, doch immer mehr Grünräume weichen Beton. Besonders alarmierend ist die geplante Verbauung am Oberen Mühlwasser. Die FPÖ fordert den Bürgermeister auf, diesen Kahlschlag zu stoppen und sich aktiv für den Erhalt von Bäumen und Naherholungsgebieten einzusetzen. Neugestaltungen von Plätzen dürfen nicht zu Betonwüsten werden, wie wir sie vom Hauptbahnhof oder dem Neuen Markt kennen.





Familienzusammenführung: **ÖVP und SPÖ betreiben reine Symbolpolitik**

Die neue Bundesregierung will laut Koalitionsübereinkommen die Familienzusammenführung neu regeln – doch erste Aussagen des Kanzlers deuten nur auf ein symbolisches Vorgehen hin. Die ÖVP argumentiert mit einem angeblichen „Notstand“, um einen Stopp zu rechtfertigen, doch das ist reine Augenwischerei. In der Vergangenheit gab es weit höhere Asylzahlen ohne solche Maßnahmen.

Das eigentliche Problem liegt nicht in einem temporären Notstand, sondern im gesamten System. Die

Familienzusammenführung darf nicht nur gestoppt, sondern muss dauerhaft abgeschafft werden.

Österreich – und dabei Wien im Besonderen – darf nicht länger Zielland für illegale Migration bleiben. Statt halbherziger Ankündigungen braucht es eine konsequente Politik: ein endgültiges Ende der Familienzusammenführung und die sofortige Abschiebung illegal aufhältiger Personen.

